



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

Es informiert Sie:	Florian Pinnow
Telefon:	02104/99-2253
Fax:	02104/99-842253
E-Mail:	florian.pinnow@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 24.11.2022

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 10.11.2022, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Ina Bisani

Mitglieder

Torsten Cleve
Sandra Ernst
Tabea Haberpursch
Brigitte Hagling
Dirk Kapell
Annette Kirchhoff
Marion Klaus
Ulrich Klaus
Jörg Koch
Petra Kotthaus
Gerd Lungen
Markus Meiser
Sybille Schettgen
Margret Stolz
Dietmar Weiß
Solveigh Zieger

Verwaltung

Désirée Geisler
Laura Hahn
Tobias Jahn
Marcus Kowalczyk
Thomas Müller

Florian Pinnow
Frank Schäfer
Dr. Ruzica Susenburger
Dorothea Weiß
Annette Reinhardt
Tanja van Kampen
Benita Weber

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers für den Gesundheitsausschuss 53/016/2022
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2022
4. Informationen der Verwaltung
5. Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes 53/017/2022
6. Bündnis gegen Depressionen 53/018/2022
Hier: Konkretisierung der Beschlusslage
7. Aufgabenänderungen im Begleitenden Dienst 53/020/2022
Hier: Auswirkungen auf das Gesundheitsamt
8. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die stellvertretende Vorsitzende KA Bisani eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung fristgerecht am 27.10.2022 versandt worden ist.

Da Herr Klaus erstmalig am Gesundheitsausschuss teilnimmt, führt KA Bisani seine Verteidigung durch. Hierfür verliest sie die Formel und Herr Klaus spricht diese nach. Anschließend teilt KA Bisani mit, dass KA Diedrich durch KA Lüngen, KA Rotert durch KA Weiß, KA Lessing durch KA Ernst und KA Gafori durch KA Kapell vertreten würden. Außerdem habe sich KA Hruschka kurzfristig entschuldigen lassen und werde ob der Kurzfristigkeit nicht vertreten.

Sodann stellt KA Bisani die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Als Berichterstatter für den Kreistag wird KA Cleve benannt.

Zu Punkt 2: Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers für den Gesundheitsausschuss - Vorlage Nr. 53/016/2022

Da keine Wortmeldungen vorliegen, wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2020 – 2025 Herrn Florian Pinnow zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.09.2022

Die Niederschrift der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 21.09.2022 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 4: Informationen der Verwaltung

Herr Kowalczyk informiert zunächst über den aktuellen Stand der Krankenhausbedarfsplanung. Hier gebe es keine neuen Informationen. Am 17.11.2022 sollen die Gespräche zwischen den Krankenhäusern und dem Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales beginnen. Diese seien für einen Zeitraum eines halben Jahres geplant.

Im Anschluss daran sei dann geplant die Kreise und kreisfreien Städte einzubinden. Er appelliert an die Anwesenden, die vielen kursierenden Gerüchte nicht ernst zu nehmen, da diese binnen kürzester Zeit nicht mehr aktuell seien. Er sichert dem Gesundheitsausschuss zu, regelmäßig über die neuesten Entwicklungen zu berichten.

Sodann begrüßt Herr Kowalczyk Frau Désirée Geisler, die seit dem 17.10.2022 als neue Abteilungsleitung in der Corona-Abteilung im Gesundheitsamt eingesetzt ist. Frau Geisler bedankt sich und stellt sich kurz vor.

Anschließend berichtet Herr Schäfer über aktuelle Themen aus dem Amt für Menschen mit Behinderung. Zunächst erläutert er, dass es beim Fahrdienst für Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung parallel zur Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem 01.10.2022 eine zweite Erhöhung der Kilometerbezuschussung während dieses Jahres gab.

Ferner sei die Umsetzung der eAkte im Aufgabenbereich der Feststellung einer Behinderung in vollem Gange. Er skizziert die seit Ende September geänderten Arbeitsprozesse. Erstanträge würden hier gescannt und können dann sofort weiter als eAkte bearbeitet werden. Bei Änderungsanträgen müsse zunächst die komplette Bestandsakte vom beauftragten Dienstleister des KRZN eingescannt werden, was während der Umstellungsphase zu Verzögerungen führe. Bis alle Bestandsakten digital vorliegen, werde es voraussichtlich bis Ende 2023 dauern.

Im Rahmen der nächsten Verwaltungsvorlage über die Entwicklungen in diesem Aufgabenbereich werde dazu noch detaillierter berichtet.

Letztlich erläutert Herr Schäfer, dass die Fördermittel für Ferienfreizeiten wie schon im Vorjahr pandemiebedingt nur in geringem Umfang abgerufen wurden. Er kündigt an, dass es auch dazu nach interner Prüfung der dafür inzwischen veränderten Rahmenbedingungen im kommenden Jahr eine Vorlage geben werde.

KA Ernst bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung und fragt, wie es sich bei der eAkte mit den Zugriffsrechten und dem Datenschutz verhalte. Außerdem erkundigt sie sich nach der Intensität der Nutzung der vorgenannten Fahrdienste.

Herr Schäfer erklärt, dass das Verfahren der eAkte nach den landeseinheitlichen Vorgaben umgesetzt wurde. In der Vorlage werde auch dazu berichtet.

Zur Frage der Fahrdienstnutzung erläutert Herr Schäfer, dass die zurzeit geringeren Nutzungszahlen aufgrund der immer noch spürbaren, pandemiebedingten Einschränkungen nicht repräsentativ seien. Eine aktuelle Statistik könne der Niederschrift beigelegt werden (nachstehend).

Nutzung der Fahrdienste seit Inkrafttreten der Richtlinie des Kreistages für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann vom 19.12.2016

Jahr	Fahrdienstbewilligungen	Aktive Nutzende
2017	578	350
2018	781	341
2019	685	347
2020	745	287
2021	596	267
2022*	791	286

* Hochrechnung nach dem Stand am 31.10.2022

Zu Punkt 5: Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes - Vorlage Nr. 53/017/2022

Frau Dr. Susenburger fasst die Inhalte der Vorlage zusammen. Zur aktuellen Corona-Lage berichtet sie zunächst über die Entwicklung des Infektionsgeschehens und die Ausbreitung der Virusvarianten. Danach erläutert sie die Entwicklungen der Testungen sowie Impfungen. Sie führt aus, dass es aktuell 38 fortlaufende Ausbruchereignisse gebe. Letztlich nennt sie die aktuelle Hospitalisierungsinzidenz und die Todeszahlen.

KA Bisani bedankt sich bei Frau Dr. Susenburger für die Ausführungen und erteilt KA Hagling das Wort für Rückfragen. Diese schließt sich dem Dank an und erkundigt sich, ob die Masernimpfpflicht auch für Kinder geflüchteter Personen gelte. Frau Dr. Susenburger bejaht dies.

KA Stolz führt an, dass die Zahlen genereller Schutzimpfungen für Kinder rückläufig seien. Sie bittet die Verwaltung vor diesem Hintergrund zu prüfen, ob die Kinder, welche 2021 hätten untersucht werden sollen, bereits geimpft worden seien. Frau Dr. Susenburger führt dazu an, dass der Verwaltung die Problematik bekannt sei. Der Impfstatus werde auch an Kitas und Schulen geprüft. Die Rückmeldungen der Einrichtungen sei im Zweifelsfalle auch Grundlage für eine Untersuchung. Sie verweist jedoch darauf, dass die Untersuchungen des Gesundheitsamtes zwar alle wieder angelaufen seien, jedoch noch nicht das Niveau von vor der Pandemie erreicht hätten.

SB Kotthaus äußert ihre Verwunderung darüber, dass kein Update zu Pflegekräften und der einrichtungsbezogenen Corona-Impfpflicht in der Vorlage zu finden seien. Anschließend berichtet sie von einem Zeitungsartikel, in welchem sie gelesen habe, dass die Gesundheitsministerin in Kanada sich bei den Pflegekräften entschuldigt habe und fragt, ob man ähnliches in Deutschland erwarten könne.

Herr Kowalczyk entgegnet, dass die Verwaltung die Nachfrage nicht beantworten könne. Er gibt an, dass in Mettmann keine weiteren Tätigkeitsverbote ausgesprochen worden seien.

KA Cleve dankt Frau Dr. Susenburger für ihre Ausführungen und erkundigt sich, ob die Verwaltung genauere Details über die Drogentoten im Kreis Mettmann habe oder ob die Zahlen und Entwicklungen eingeordnet werden könnten.

Frau Dr. Susenburger sichert daraufhin zu, dass die Zahlen dem Protokoll beigefügt würden. Sie ergänzt, dass die Erfassung der Drogentoten durch das Bundeskriminalamt deutschlandweit zentral erfolge.

Nachtrag: Im Jahr 2021 wurden mit bundesweit 1.829 die höchste Zahl verstorbener Drogenkonsumierender der letzten 20 Jahre verzeichnet. Auch die von Caritas-Sucht und Wohnungslosenhilfe ermittelten Zahlen für Wülfrath und Mettmann bestätigen diese negative Entwicklung.

In Wülfrath und Mettmann sind den Fachdiensten im vergangenen Jahr elf Menschen bekannt geworden, die an den unmittelbaren Folgen ihres Suchtmittelkonsums verstorben sind. Im Dunklen bleibt dabei die Zahl derjenigen, die keinen Kontakt zu einer Suchtberatungsstelle hatten.

KA Ernst bittet um die Zahlen der sog. „Substitutionen“ und würde gerne wissen, wie viele Ärzte im Kreisgebiet dies anböten sowie ob das Angebot bedarfsdeckend sei. Anschließend bittet sie um einen genaueren Bericht zur Personalentwicklung der Corona-Abteilung. Frau Dr. Susenburger sagt die Informationen für den kommenden Ausschuss zu.

Abschließend nimmt der Ausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6:	Bündnis gegen Depressionen Hier: Konkretisierung der Beschlusslage - Vorlage Nr. 53/018/2022
--------------------	---

Herr Kowalczyk führt aus, dass er einen geänderten Beschlusstext vorschlagen wolle. Hierzu erläutert er, dass die Prüfung aus haushälterischen Gründen notwendig sei und der Nachtragshaushalt inklusive Nachtragsstellenplan im ersten Quartal 2023 eingebracht würde. Der vorgelegte Beschlussvorschlag führe dazu, dass die Ergebnisse des Prüfauftrages sodann dem Gesundheitsausschuss erneut vorgelegt werden müssten. Um dies zu verhindern, sei ein Vorratsbeschluss zu fassen. So könne der bereits in der vergangenen Sitzung erörterte Bedarf von 0,5 Stellenanteile ggf. ohne erneute Vorlage und somit schneller gedeckt werden. Daraufhin liest Herr Kowalczyk seinen Vorschlag für den abgeänderten Beschlusstext vor.

KA Zieger bekräftigt den Wunsch ihrer Fraktion, das Thema im Jahr 2023 endgültig abzuschließen.

KA Cleve entgegnet, dass er die Beschlussfassung für unnötig halte, da die Prüfung durch die Verwaltung in seinen Augen selbstverständlich sei. Herr Kowalczyk erklärt, dass die bisherige Beschlusslage hierfür nicht ausreichend gewesen sei.

Abschließend stellt KA Bisani den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Einbringung des Nachtragstellenplans 2023 (im 1. Quartal 2023) eine detaillierte Prüfung der für die Umsetzung des Bündnisses erforderlichen Ressourcen durchzuführen.

2.

Sofern die verwaltungsseitige Prüfung ergibt, dass die Aufgabe nicht aus dem eigenen Personalbestand heraus wahrgenommen werden kann, beschließt der Kreistag – im Rahmen eines Vorratsbeschlusses – die Anmeldung einer 0,5 Stelle als Mehrbedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Aufgabenänderungen im Begleitenden Dienst Hier: Auswirkungen auf das Gesundheitsamt - Vorlage Nr. 53/020/2022
--------------------	--

Frau Dr. Susenburger leitet kurz in die Vorlage ein und stellt Frau Weber, Frau van Kampen und Frau Reinhardt vor, die aus dem Bereich Frühe gesundheitliche Hilfen eine Präsentation zur Vorlage vortragen.

Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Nach der Präsentation bedankt sich KA Bisani bei den Vortragenden und lobt die Präsentation. Herr Kowalczyk schließt sich KA Bisanis Lob und Dank an und unterstreicht die Wichtigkeit der Aufgabe. Er hebt hervor, dass es sich inhaltlich nicht um eine Doppelförderung handle, da der LVR den Bedarf der schwer kranken Kinder offenkundig in der Art und Qualität des Begleitenden Dienstes nicht decken könne.

KA Kirchhoff hebt hervor, dass die Arbeit des Begleitenden Dienstes unbedingt fortgeführt werden müsse. Die niederschweligen Angebote des Kreises seien essenziell für eine gute Förderung.

KA Ernst unterstützt die Aussagen von KA Kirchhoff und gibt an, von den Ausführungen der Verwaltung vollumfänglich überzeugt zu sein. Sie erkundigt sich, ob der Verwaltung bekannt sei, was der LVR perspektivisch vorhabe und wie sich die Gesetzeshistorie darstelle.

Herr Schäfer führt hierzu aus, dass die jetzige Folge der gesetzlichen Entwicklung absehbar gewesen sei. Die Aufgabe der Frühförderung sei von den Kreisen und kreisfreien Städten zum Landschaftsverband gewechselt. Für den Begleitenden Dienst in Amt 57 bestehe hier mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht die Möglichkeit die Arbeit fortzuführen, da Aufgaben in anderen Bereichen hinzugekommen seien. Hierzu verweist er auf die Vorlage zur letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Frau van Kampen ergänzt, dass der LVR mancherorts bestimmt ein Gewinn für die örtlichen Strukturen sei, der Standard im Kreisgebiet sei jedoch so hoch gewesen, dass der LVR dies nicht auffangen könne.

KA Stolz sagt, dass sie das Thema schon lange begleite und daher den Aussagen von Frau van Kampen zustimme. Sie zeigt sich verärgert darüber, dass die Leistungsqualität jetzt sinken und der Kreis dies auch noch über die Landschaftsumlage finanzieren solle.

KA Bisani schlägt dem Ausschuss folgende Beschlussfassung vor: „Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung eine zeitnahe Prüfung der Bedarfe durchzuführen, mit dem Ziel eine geeignete Lösung zur Fortführung des Begleitenden Dienstes bis zum Eintritt in die Schule zu finden.“ Die Ergebnisse der Prüfung sollen dann im kommenden Jahr im Gesundheitsausschuss vorgelegt und beraten werden.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung eine zeitnahe Prüfung der Bedarfe durchzuführen, mit dem Ziel eine geeignete Lösung zur Fortführung des Begleitenden Dienstes bis zum Eintritt in die Schule zu finden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Nachträge

- Keine.

KA Bisani stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:57 Uhr

gez.
Ina Bisani

gez.
Florian Pinnow